



Pressedienst

1. April 2020

201/2020 **Videokonferenz für Unternehmen: Stadtverwaltung organisierte Austausch über finanzielle Hilfen, Stundungen und Unterstützung**

202/2020 **Bürgerbüro: Aktuelle Informationen zu Ausweisen sowie An- und Ummeldungen**





1. April 2020

201/2020

Videokonferenz für Unternehmen:

Stadtverwaltung organisierte Austausch über finanzielle Hilfe, Stundungen und Unterstützung

Zahlreiche Möglichkeiten zur Förderung sowie Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und Selbstständige werden derzeit vom Land, vom Bund und auch von Kommunen angeboten. Doch bei all den Informationen fällt es schwer den Überblick zu behalten. Daher hatte Bürgermeister Rajko Kravanja am Dienstag, 31. März, gemeinsam mit Fachleuten aus Politik, der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters, der politischen Gremien und der Finanzwirtschaft zu einer öffentlichen Videokonferenz eingeladen.

„In dieser Runde wollen wir Ihre Fragen so gut es eben geht beantworten, aber auch Ihre Anregungen für die politischen Gremien mitnehmen“, begrüßte Bürgermeister Rajko Kravanja die Runde der offenen Videokonferenz, an der Bundestagsabgeordneter Frank Schwabe, Landtagsabgeordnete Lisa Kapteinat, Frank Benölken, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit Recklinghausen, Dominik Schad, Leiter des Jobcenters Kreis Recklinghausen, Stefan Fokken, Pressesprecher Sparkasse Vest Recklinghausen und der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Nils Bettinger teilnahmen.





Pressedienst

Seite 2

Schwerpunktmäßig wurden von Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Selbstständigen während der knapp 70-minütigen Videokonferenz Fragen zu Antragsverfahren sowie zur Soforthilfe NRW gestellt.

Frank Benölken von der Bundesagentur für Arbeit Recklinghausen sowie Dominik Schad vom Jobcenter des Kreis Recklinghausen, betonten dabei, dass Anträge in jedem Fall erst einmal gestellt werden sollten und Betroffene immer auch das Gespräch zur Arbeitsagentur sowie zum Jobcenter suchen sollten. So habe unter anderem auch die Bundesagentur für Arbeit ihren Telefonservice ausgebaut. „Allen ist derzeit daran gelegen, dass Unternehmen sowie Selbstständige die derzeitige Krise überstehen und es danach für sie auch schnell wieder nach vorne geht“, erklärte Benölken.

Auch das Thema der Stundungen, also das Aufschieben von Fälligkeiten von Steuern oder Darlehen, war ein Thema der Konferenz. Bereits in der vergangenen Woche hatten Bürgermeister Rajko Kravanja und Stadtkämmerer Michael Eckhardt beschlossen, den von der Krise betroffenen Unternehmen mit zinslosen Steuerstundungen beispielsweise bei der Gewerbesteuer und Vergnügungssteuer sowie der Herabsetzung von Vorauszahlungsbeträgen bei der Gewerbesteuer entgegen zu kommen und Ermessensspielräume zu Gunsten der Steuerpflichtigen weitest möglich auszunutzen.





Pressedienst

Seite 3

Steffan Fokken von der Sparkasse Vest Recklinghausen erklärte, dass Stundungen unter anderem in Bezug auf Darlehen bei der Sparkasse beantragt werden können.

Landtagsabgeordnete Lisa Kapteinat wies darüber hinaus darauf hin, dass das Land ein Sofortprogramm für die bessere Mobilität von Klinikpersonal beschlossen hat: „Das scheint mir in der öffentlichen Diskussion ein wenig untergegangen zu sein, aber damit Krankenpfleger sowie Ärzte weiterhin zuverlässig an ihre Arbeitsstätte kommen und sich nicht einem Ansteckungsrisiko aussetzen müssen, haben wir im Landtag beschlossen, dass ihnen kostenfrei ein Mietfahrzeug zur Verfügung stehen soll.“ Die Voraussetzungen sowie der Antrag sind auf der Seite der Landesregierung NRW land.nrw abrufbar.

Bundestagsabgeordneter Frank Schwabe betonte, dass auf verschiedenen Ebenen laufend daran gearbeitet wird, Unterstützungen für Unternehmen und Selbstständige zu schaffen, damit Unternehmen nicht nur gut durch die Krise kommen, sondern auch danach wieder profitabel arbeiten könnten.

Die öffentliche Videokonferenz kam insgesamt gut bei den Teilnehmenden an. Bei entsprechendem Bedarf ist eine Wiederholung möglich.





1. April 2020

202/2020

Bürgerbüro: Aktuelle Informationen zu Ausweisen sowie An- und Ummeldungen

Seit dem 24. März ist die Stadtverwaltung zum Schutz vor Neuinfizierungen für den Publikumsverkehr geschlossen. Auch Termine im Bürgerbüro können bis einschließlich zum 19. April nicht mehr stattfinden. Bürgerinnen und Bürger, deren Dokumente in der nächsten Zeit ablaufen, müssen jedoch keine Bußgelder befürchten. Auch bei einer Fristüberschreitung von An- und Ummeldungen des Wohnsitzes droht kein Bußgeld.

Derzeit können Bürgerinnen und Bürger keine Termine im Bürgerbüro wahrnehmen. Aufgrund dieser Einschränkungen werden unter anderem Fälligkeitsdaten verlängert. So teilte das Landesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit, dass deutsche Reisedokumente (Reisepass oder Personalausweis) bis zu einem Jahr nach Ablauf der Gültigkeit grundsätzlich als Identitätsnachweis auch in anderen Ländern anerkannt werden sollten. Zu ihnen zählen: Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Lichtenstein, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Schweiz, Slowenien. Sollte der Reisepass abgelaufen sein, reicht künftig auch der Personalausweis aus, um Reisen in folgende Länder anzutreten: Länder der Europäischen Union, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, San Marino, Schweiz, Türkei und Vatikan.





Pressedienst

Seite 2

Der Ausweispflicht kommen Bürgerinnen und Bürger entweder mit einem gültigen Reisepass oder gültigen Personalausweis nach, wobei die Verlängerung der Gültigkeit um ein Jahr gilt.

Darüber hinaus sind An- sowie Ummeldungen des Wohnsitzes derzeit im Bürgerbüro nicht möglich. Bürgerinnen und Bürger müssen auch hier kein Bußgeld bei einer Fristüberschreitung befürchten.

Das Bürgerbüro ist wie gewohnt telefonisch unter 02305 / 106-2333 und -2292 sowie per Mail an [buergerbuero@castrop-rauxel](mailto:buergerbuero@castrop-rauxel.de) zu den üblichen Öffnungszeiten erreichbar.

